

Tagesordnung 1 Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 05.12.2006

Vorlage Nr. 06-F-01-0128

**Beratungsstelle zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.11.2006 -**

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine Wiesbadener Beratungsstelle zur Vorbeugung bzw. Verhinderung von Benachteiligungen im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vom 18.08.2006 ins Leben zu rufen. Ob diese Beratungsstelle im Rahmen eines geeigneten Dezernates (z. B. Sozial- oder Integrationsdezernat) bzw. im Einvernehmen mit einem freien Wohlfahrtsverband entsteht, ist vom Magistrat zu prüfen.

Beschluss Nr. 0061

1. Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.11.2006 betr.

Beratungsstelle zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

wird von Seiten der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

2. Der Ausschuss bittet den Magistrat, möglichst zur Ausschusssitzung am 30.01.2007 einen Bericht darüber vorzulegen,

- wie Führungskräfte im Konzern Stadt auf das neue Gesetz hingewiesen oder geschult werden bzw. wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Neuregelungen erfahren haben,
- wie sich die Regelungen des AGG bisher auf die städtischen Gesellschaften und Betriebe und insbesondere die HSK ausgewirkt haben und
- was über die Auswirkungen des AGG auf die Mitglieder der in Wiesbaden ansässigen Kammern, Wirtschafts- und Arbeitnehmerverbänden bekannt ist.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2006

Spruch
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2006

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2006

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister